Nr. 505 XXVIII. Jahrgang — Sonntag, 12. Dezember 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 92 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 91 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffer- oder Klinsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenzeilen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13525, 13635, 13697 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Kaiser und Kanzler

Die Memoiren des Fürsten Bismarck

+ Berlin, 11. Dezember. (Eig. Drahtbericht)

Während das gerichtliche Verfahren wegen der Veröffentlichung des dritten Bandes von Bismarcks Memoirenwerk „Gedanken und Erinnerungen" noch schwebt, ist der in Rom erscheinende „Tempo" in der Lage, bis ins einzelne gehende Veröffentlichungen aus dem in Deutschland noch nicht erschienenen Buch zu bringen.

Das erste Kapitel lautet „Prinz Wilhelm" und schildert den nachmaligen Kaiser als Schüler Bismarcks, dem er zu jener Zeit in abgöttischer Verehrung zugetan war. Langsam macht sich jedoch ein Gegensatz bemerkbar, der bereits heftige Formen annimmt, als Wilhelm den antisemitischen Pfarrer Stöcker verteidigt, den Bismarck doppelt gehässig nennt und über den er urteilt: Er sei als Volksmann ein Pfaffe und als Pfaffe ein Politiker. In einem Privatbrief kündigt der Prinz dem Kanzler seinen

Erlaß an die deutschen Fürsten

an, in dem er bei seiner Thronbesteigung ausdrücken will, in welcher Weise er künftig ihren Rat einholen werde. Bariert müsse werden. Dieser Erlaß sollte auch, nach dem Wunsche des damaligen Prinzen, vorbereitet an sämtliche Vertretungen Preußens im Reiche geschickt werden, damit er sofort bei der Thronbesteigung bekanntgemacht werden könne. Dieser Brief kam ein Jahr vor dem Tode Wilhelms I. geschrieben worden. Bismarck erwidert lakonisch: „Darf ich Eure Königliche Hoheit ergebenst bitten, den mir gütigst übersandten Entwurf unverzüglich den Flammen zu übergeben?"

In dem nächsten Kapitel werden die von Bundesfürsten und Generalen gegen den Kanzler gesponnenen Intrigen scharf beleuchtet. Als derartige teils offene, teils versteckte Feinde werden merkwürdigerweise auch der Großherzog von Baden und Bötticher genannt.

In dem folgenden Kapitel „Der Kronrat" erhebt bereits der

Gegensatz zwischen Kanzler und Kaiser vertieft

sich. Der junge Kaiser erscheint da im Lichte eines sozial fühlenden Menschen, er träumt noch von einer Versöhnung der Klassen und will diese durch Schutzgesetze für die Arbeiter rasch erzwingen, während der Kanzler in dem Vorurteil befangen ist, man müsse die murrenden Arbeiter zu Paaren treiben. Bismarck stellt die Sache so dar, als ob der Kaiser die Arbeiter durch Begrenzung der Arbeitsstunden zum Feiern zwingen wolle, während die Massen der Arbeiterschaft selbst arbeitsfreudig seien. Bismarck ist übrigens der Ansicht, der er auch in einem Kronrat Ausdruck gibt, daß es Sache der Fabrikherren sei, mit den Streiks fertig zu werden und daß dies dem Staat nichts angehe. Schließlich gab Bismarck in diesem Punkte nach und Wilhelms Arbeiterschutz drang durch.

Weiter schildert Bismarck mit Sarkasmus den Kreis der Freunde des jungen Kaisers, die amtlich und außeramtlich die Politik des Kanzlers störten, und macht sich besonders über den Dilettanten A. Heyden lustig, von dem die Maler behaupten, er sei Politiker, während die Politiker behaupteten, er sei Maler. Er wendet sich dann einzelnen Typen der Hofgesellschaft zu.

Das Kapitel „Meine Entlassung" zeigt den Kanzler, der nach allem, was er dem Staate geleistet, nicht freiwillig gehen will, sondern es auf einen Eklat ankommen läßt. Bei mehreren Sitzungen, die der Kaiser präsidiert, nimmt

das Kabinett gegen den Kanzler Partei

Als Bismarck nachträglich fragt, warum, erwiderte ihm einer: „Es muß etwas geschehen, was ihm gefällt." Bismarck bemerkte dann boshaft, er freue sich, die Macht des Königs von Preußen so stark gefestigt zu finden, die 1862, als er eintrat, so sehr erschüttert war. Um Mitte März wird der Kaiser immer dringender und nimmt den Besuch des Zentrumsführers Windthorst bei Bismarck zum Anlaß zu einer entscheidenden Szene. Er sagte sich auf 9 Uhr morgens bei dem Kanzler an, doch so, daß der alte schlaflose Fürst erst um ½9 Uhr davon benachrichtigt wird. Als Graf Bismarck den Kaiser unter Zuhilfenahme einer höfischen Redensart wissen läßt, sagt dieser kurz, der Graf sei schon gestern nachmittag angekommen. Darauf tadelte er scharf Windthorsts Empfang durch den Fürsten. Bismarck besteht auf seinem Rechte, in seinem Hause Vertreter von Distinktion empfangen zu dürfen. Der Kaiser erwidert: „Auch dann, wenn ich es Ihnen als Ihr Souverän verbiete?" Bismarck bejahte. Im Verlaufe des Streites, der sich nun entspann, macht der Kaiser Bismarck Vorwürfe und spricht vom neuen Reichstag, von der Sozialversicherung und andern damals politisch aktuellen Angelegenheiten, in denen er anderer Ueberzeugung war als der Fürst, und spricht schließlich den lebhaften Wunsch aus, den Besuch des Zaren von Rußland zu wiederholen. Darauf hat Bismarck gewartet. Gelassen zieht er aus der Mappe ein Aktenstück hervor und mit dem Blick darauf warnt er den Kaiser vor einem neuen Besuch, denn erst vor einigen Tagen sei ein Bericht des deutschen Botschafters in London eingetroffen, der recht

üble und wegfallende Bemerkungen des Zaren über Kaiser Wilhelm

enthalte. Der Kaiser fragt nach den Einzelheiten, Bismarck weicht aus. Nun befiehlt der Kaiser Bismarck, den Bericht vorzulesen. Bismarck lehnt ab mit der Begründung, daß es ihm nicht angenehm sei, derartig private Dinge ihm selbst zu übermitteln. Schließlich nimmt der Kaiser selbst das Schriftstück zur Hand und liest. Er wird blaß, unruhig, denn es stehen wirklich, wie Bismarck versichert, recht üble Dinge über ihn darin. Der Kaiser bricht das Gespräch ab und reicht dem Fürsten gegen seine Gewohnheit so ganz oberflächlich die Hand, in der er den Helm hält. Den Vortrag über Bemerkungen, die der Zar über Kaiser Wilhelm II. machte, verschweigt Bismarck auch in seinen Memoiren.

Bismarck geht dann auf die politischen Gegensätze näher ein, die ihn immer mehr vom Kaiser trennten. Der Kaiser glaubte jedes Wort in dem erwähnten Dokument und ist plötzlich gegen den Zaren ergrimmt und will Gegenmaßnahmen treffen. Bismarck, der seit 30 Jahren russenfreundliche Politik getrieben hatte, erschrickt die Sache zu dumm und er bringt dadurch seinen wütenden Herrn noch mehr in Wut. Er will es überdies nicht dulden, daß die Ressortminister über seinen Kopf hinweg direkt mit dem Kaiser verkehren.

Es folgen die Intrigen Bötticher und seiner Leute. Bismarck, der [illegible] „herauswerfen lassen will", gibt sich noch einige Augenblicke den Anschein, als wolle er den Posten des preußischen Ministerpräsidenten aufgeben und nur noch eine Zeitlang Reichskanzler spielen. Dadurch reizt er bewußt den Kaiser, dessen Geduld schließlich entzwei reißt. Er fordert die Aufhebung jener alten Verordnung, d. h. der Kaiser fordert, daß Bismarck sich selbst der Macht begeben sollte, indem er sie den Ministern einräumte. Bismarck bleibt fest und stellt seinen Abschied zur Verfügung. An demselben Mittag schickt der Kaiser den Chef des Zivilkabinetts, um das angebotene Entlassungsgesuch holen zu lassen. Bismarck entwirft es langsam und sehr bedächtig. Dann schickt der Kaiser seinen Flügeladjutanten mit der Erklärung, er erwarte das Schriftstück bis 2 Uhr mittags. Bismarck antwortet: „Ich bin jederzeit bereit, meinen schlichten Abschied sofort zu unterzeichnen. Zu einem Abschiedsgesuch, das meiner historischen Stellung entspricht, gebrauche ich aber Zeit."

Bismarck wird dann mit solcher Eile aus dem Reichskanzlerpalais gedrängt, daß seine Leute, die seine Sachen zusammenpacken, die Türen und Stiegen schon von den neuen Lakaien belegt finden

Im Schlußkapitel „Wilhelm II." versucht Bismarck, den Charakter des Kaisers aus den Eigenschaften seiner Vorfahren abzuleiten. Nur von einem seiner Ahnen schiene der Kaiser nichts geerbt zu haben. Und das sei sein Großvater Wilhelm I.

Der neue Bundespräsident

In der österreichischen Bundesversammlung verkündete Präsident Weiskirchner, daß Herr Hainisch die Wahl zum Bundespräsidenten angenommen hat. Weiskirchner dankte zunächst im Namen der Bundesversammlung dem Präsidenten Seitz, der durch mehr als 1½ Jahre seine besten Kräfte zur Lösung der ihm gestellten Aufgaben aufzuwenden habe. Hierauf erschien der neugewählte Bundespräsident und leistete das feierliche Gelöbnis auf die Verfassung. Präsident Weiskirchner richtete sodann eine Begrüßungsansprache an den Bundespräsidenten.

Nach Schluß der Bundesversammlung fand ein Empfang der Regierung und der Mitglieder der Bundesversammlung durch den neugewählten Bundespräsidenten statt, welcher in Erwiderung auf eine Begrüßungsansprache des Bundeskanzlers Mayr seine selbstlose Hingabe an die Republik und seine Liebe zum deutschen Volke betonte.

Wir befinden uns, sagte der Präsident, in einer geradezu verzweifelten Lage. Der Friede von St-Germain hat Millionen unserer Stammesangehörigen von uns abgetrennt. Selbst aus dem geschlossenen Sprachgebiete haben wir wichtige Eisenbahnknotenpunkte verloren. Ich glaube, daß die Mächte, die diese unsre Lage geschaffen haben, nun auch die moralische Verpflichtung haben, uns zu helfen. Die heutige Zeit birgt schwere Gefahren in sich. Wir werden hoffentlich die schwere Krisis überstehen.

•

Sinnlose Vernichtung von Werten

× Wien, 11. Dezember. Die Blätter melden, daß im Auftrage der interalliierten Kommission 500 von den auf dem Flugfelde von Wiener-Neustadt befindlichen 1000 Motoren zerstört worden seien. Die übrigen 500 sollten gleichfalls vernichtet werden. Außerdem seien bisher noch ungefähr 8000 Quadratmeter Werkstätten zerstört worden und gegen 2000 Quadratmeter Depots sollten noch geschleift werden. Die Blätter bezeichnen die Zerstörung des Flugzeugmaterials als sinnlose Vernichtung von Werten. Die „Arbeiterzeitung" schreibt, das Flugzeugmaterial hätte als Ausfuhrartikel verwendet werden können. Das Vorgehen des mit der Zerstörung betrauten Ententeamtes habe unter der Arbeiterschaft große Erregung hervorgerufen. Die Arbeiter befürchten, daß durch die Forderungen der Ententekommission Tausende arbeitslos werden könnten.

Um die Existenz des Reichswirtschaftsrats

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Reichswirtschaftsrats sprach Präsident Edler v. Braun sein Bedauern darüber aus, daß seit vier Wochen keine Plenarsitzung einberufen worden sei. Der Grund dazu sei in dem geringen Entgegenkommen der maßgebenden Stellen zu suchen, die für eine würdige Unterbringung des Reichswirtschaftsrats nichts übrig hätten. Außerdem werde dieser Ende März 1921 ohne Mittel sein. Darauf bemerkte Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz, daß sein Ministerium nichts unterlassen habe, um für eine würdige Unterbringung einzutreten. Nach der Verfassung solle der Reichswirtschaftsrat jede wirtschaftliche und sozialpolitische Vorlage vorberaten. Er persönlich sei gern bereit, diese Sollvorschrift als eine Mußvorschrift aufzufassen, falls nicht schwerwiegende Gründe dem entgegen stehen. Man habe gesehen, daß im Reichstag eine gewisse Eifersucht gegen den Reichswirtschaftsrat sich bemerkbar gemacht hat. Der Reichstag sei allerdings die einzige gesetzgebende Instanz, daher sei seine Haltung begreiflich. Redner halte es aber für dringend notwendig, daß jede wirtschafts- und sozialpolitische Frage vorher von einem Sachverständigen-Rat, wie ihn der Reichswirtschaftsrat darstellt, vorberaten werde. Der Minister sei bemüht, für den Reichswirtschaftsrat einen eigenen Etat aufzustellen.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat beschäftigte sich sodann mit dem Gesetze über die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und Verlustrechnungen. An die Ausführungen der Berichterstatter für die Mehrheit und für die Minderheit des Ausschusses schloß sich eine längere Aussprache, die aber zu keinen Beschlüssen führte. Eine zweite Lesung soll Dienstag stattfinden.

Der Völkerbund

Eine Unterkommission der Völkerbundsversammlung hatte vor einigen Tagen unter dem Vorsitz von Lord Cecil beschlossen, der Völkerbundsversammlung die Blockade als das fruchtbarste und wirkungsvollste Mittel des Völkerbundes gegen widerspenstige Staaten zu empfehlen. Gestern vertrat Lord Robert Cecil diesen Standpunkt vor dem Plenum. Er schlug vor, die Angelegenheit einer internationalen Studienkommission zu überweisen.

Das stark herabgeminderte Interesse der Versammlung lebte bei den Erörterungen der Blockadefrage wieder auf, besonders als der schweizerische Bundespräsident Motta den Antrag vorbrachte, die Bestimmungen bei geographisch ungünstig gelegenen Ländern wie der Schweiz entsprechend zu regeln. Er gab der Meinung Ausdruck, daß sich eine derartige folgenschwere Maßnahme wie die Verhängung der Blockade über einen Staat oder eine Staatengruppe nur schwer als eine internationale völkerverbindliche Form in die Tatsache umsetzen lasse.

Der Belgier Lafontaine wandte sich in entgegengesetztem Sinne scharf gegen jede Ausnahmebestimmung. Lord Robert Cecil versuchte zwischen Motta und Lafontaine zu vermitteln. Bourgeois stimmte dann ein begeistertes Loblied auf die Haltung Belgiens während des Krieges an. Er sagte, er wolle die humanitären Verdienste der Schweiz gewiß nicht schmälern, aber eine Durchbrechung der Blockade müsse in Zukunft unter allen Umständen verhindert werden.

Das Bureau beschloß, die Völkerbundsversammlung am 18. Dezember zu schließen.

•

Die Genfer Konferenz am 8. Februar

Genf, 11. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) „Echo de Paris" meldet, daß die alliierten Kabinette der Tagesordnung für Brüssel und der Einberufung der Genfer Konferenz für den 8. Februar zugestimmt haben.

•

Das Kinderelend und die Entente

+ Koblenz, 11. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die interalliierte Rheinlandkommission hat die Veröffentlichung von Artikeln im besetzten Gebiet verboten, die sich mit dem deutschen Kinderelend befassen und dieses auf die Forderungen der Entente gegenüber Deutschland zurückführen. Zeitungen, die sich gegen diese Bestimmungen vergehen, werden auf mindestens 14 Tage geschlossen und die Verleger mit hoher Geldstrafe belegt.

•

Die oberschlesische Frage

Genf, 11. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Havas stellt fest, daß die deutsche Antwortnote auf die Vorschläge über die oberschlesische Abstimmung ablehnend sei, aber den Weg zu weiteren Verhandlungen offen lasse.

Die russische Truppenkonzentration im Westen

OE. Reval, 11. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Es steht nunmehr fest, daß die Bolschewisten im Raume von Pleskau acht Divisionen, davon drei Divisionen Kavallerie im Raume von Witschina drei Divisionen und im Raume von Luga eine Division konzentriert haben. An die Grenzen der Randstaaten sind aus den entsprechenden Nationalitäten gebildete Kommunistentrupps entsandt worden. Hier wird befürchtet, daß gerade diese Trupps Zusammenstöße provozieren könnten. Nach weiteren Informationen werden in Moskau eiligst Stoßtruppen neu formiert, die in kürzester Zeit an eine beliebige Grenze geworfen werden können. An der Kelgowski-Front von Dwinsk bis Minsk sind achtzehn neue rote Divisionen konzentriert.

•

Moskau marschiert!

Genf, 11. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin" meldet aus Warschau über Riga: Laut der „Prawda" bewilligte der große Sowjet in Moskau fünf Milliarden Rubel für die militärischen Maßnahmen des nächsten Halbjahrs.

•

Die Kapitalisten des Westens

× Moskau, 11. Dezember. Eine Kundgebung der Sowjetregierung betont die Notwendigkeit eines Ersatzes der abgenutzten elektrischen und Dampfanlagen für die Wiederaufrichtung der russischen Wirtschaft. Vor dem Krieg habe Rußland 60 Prozent dieser Anlagen aus dem Ausland bezogen. Da die Goldvorräte und die austauschfähigen Waren ganz ungenügend seien, gebe es nur den einen Ausweg, die Kapitalisten des Westens heranzuziehen und ihnen zur Ausbeutung der Reichtümer des Landes Konzessionen zu bewilligen, namentlich im Norden, wo unermeßliche Waldreichtümer und Millionen Desjatinen unbearbeitetes Land vorhanden seien. Die Kapitalisten des Westens müßten das Arbeiterschutzgesetz Südrußlands anerkennen und außerdem im Ausbeutungsgebiet Fabriken, Banken und Verkehrswege anlegen. Die Macht Sowjetrußlands, das alle seine Feinde, die Günstlinge der Staaten Westeuropas, besiegt habe, sei eine genügende Garantie gegen die Einmischung der ausländischen Kapitalisten in die inneren Angelegenheiten Rußlands.

•

Typhusepidemie in Sowjetrußland

O. E. Moskau, 11. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Laut den Moskauer „Iswestia" sind in der russischen Sowjetrepublik, einschließlich der Ukraine und Sibiriens, vom Januar bis November dieses Jahres fast 4 Millionen Personen an Flecktyphus, 1½ Millionen an Rückfalltyphus und 4 Millionen an Unterleibstyphus erkrankt.

Der Maulkorb

Von A. Korell, Mitglied des Reichstags

Die englische, französische und belgische Regierung haben bei der deutschen Einspruch gegen die Reden erhoben, welche vor einigen Wochen der Reichskanzler und der Außenminister in deutschen Städten des besetzten Gebietes gehalten haben. Die Drohungen französischer Blätter, die ich in der Sitzung des Reichstags vom 24. November erwähnte, sind also rasch Wirklichkeit geworden. Damals erhob der Sprecher der Unabhängigen, die sich bekanntlich innen- und außenpolitisch einer besonders feinfühligen Sprechweise bedienen, Bedenken gegen die Ministerreden und erwies sich, was nicht ungewöhnlich ist, als ahnungsvolles Gemüt. Noch viel weniger als seine Bedenken ist der Einspruch der Ententeregierungen, unter denen die amerikanische auch dieses Mal fehlt, berechtigt, weder rechtlich noch politisch, moralisch.

Das besetzte Gebiet ist rechtlich als deutsches Gebiet anzusehen, in dem die Souveränität grundsätzlich bei der deutschen Regierung liegt. Sie hat das Recht, dieses deutsche Gebiet zu besuchen, wie sie es für nötig hält, und bei dem Besuche zu reden, was sie gewissenhaft sagen zu müssen glaubt. Die Redefreiheit im besetzten Gebiet besteht nach dem Rheinlandabkommen ebenfalls grundsätzlich und unterliegt nur gewissen Einschränkungen. Die Ehre und Sicherheit der Besatzung soll gewährleistet sein; in den Grenzen dieser Bestimmung besteht Redefreiheit. Keinem Redner kann nach der Rechtslage von vornherein das Wort versagt werden. Man sollte annehmen, daß von diesen Rechtsnormen auch Vertretern der deutschen Regierung gegenüber Gebrauch gemacht werden müßte, die sicherlich mit noch größerem Verantwortungsgefühl im besetzten Gebiete sprechen als gewöhnliche Sterbliche.

Prüft man ferner noch einmal aufmerksam, was denn unsre Minister in Köln und Aachen gesagt haben, so ergibt sich nicht das mindeste, was gegen die Ehre und Sicherheit der Alliierten verstößt. Man hat den Ausdruck von Dr. Simons getadelt, Deutschland müsse die Besetzung des Ruhrgebietes als feindselige Handlung ansehen. Hat aber nicht der Verweigerung der Unterschrift unter die Einmarschklausel diejenige Auffassung zugrunde gelegen, und es ist ein Verbrechen, das auszusprechen? Es müßte denn sein, daß die fremden Regierungen so naiv sind wie der Sprecher der Unabhängigen in der Sitzung vom 25. November und die Auffassung einer Maßnahme als feindselig für gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung Deutschlands hinstellen. Das verbietet einem die Höflichkeit vor dem gesunden Menschenverstand. Nein, die Worte unsrer Minister sind der Ausdruck der Ueberzeugung des ganzen deutschen Volkes, daß der Vertrag von Versailles in sich unmöglich und daß die fortgesetzte Erzwingung von Unterschriften mit Drohungen für Deutschland unerträglich ist. Sie haben diese Ueberzeugung in ruhiger, bestimmter Form zum Ausdruck gebracht und an die Stelle diplomatischer Wortkünste die nackte Wahrheit gesetzt.

Das aber ist es gerade, was offenbar die Herren der Entente erregt und die Maulkorbnote veranlaßt hat. Deutschland soll schweigen und sich fortgesetzt schuldig bekennen, wie es der Vertrag von Versailles erzwungen hat. Man kann es, vom Standpunkte der Entente gesehen, noch ertragen, wenn im Reichstag von Abgeordneten protestiert wird; wenn aber Minister auftreten und sagen in noch so ruhiger Form, was Wahrheit ist — dann muß eingeschritten werden. Zwar Herr Millerand reist durch die deutschen besetzten Gebiete und gibt in einer Rede dem Ausland und dem erstaunten Rheinland zum besten, er sei von der rheinischen Bevölkerung sehr freundlich empfangen worden und wäre noch freundlicher begrüßt worden, wenn die Bevölkerung nicht gewisse Rücksichten nehmen müßte; aber deutsche Minister dürfen in deutschen Gebieten nicht reden, selbst wenn oder gerade weil sie die Wahrheit sagen. Es ist diese Note ja wohl nicht der erste Versuch, einen deutschen Minister vom Besuch des Rheinlandes fernzuhalten, wenn etwa Feststellungen in Denkschriften an gewissen Stellen unangenehm empfunden wurden.

Die rheinische Bevölkerung mit dem deutschen Volke muß es der Verantwortung der Regierung überlassen, ob sie Besuche im Rheinland für notwendig und nützlich hält. Sie erwartet aber, daß nicht die Rücksicht auf die unberechtigten Drohungen fremder Regierungen, sondern auf die deutschen Notwendigkeiten ihre Antwort und Handlungen bestimmt. Es darf natürlich nicht erwartet werden, daß sie sagt: Jetzt erst recht, aber sie kann und soll sagen: Unser Recht lassen wir uns nicht kürzen, wenn ihr auch die Gewalt dazu gebraucht. Zum Schlusse läßt sich sagen, daß die Einschränkung der Redefreiheit der Minister bei uns und draußen so viel wirken wird wie einige noch zu haltende Ministerreden. Denn was Worte nur sehr langsam erreichen, bewirken solche amtlichen Schritte viel gründlicher: die Verbreitung der Ueberzeugung, daß im Rheinland keine Freiheit des Wortes besteht und daß Dinge nicht gesagt werden sollen, weil sie das Licht der Wahrheit nicht vertragen.

■

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201212/1